



Ausschussdrucksache 21(11)109
vom 18. März 2026

Schriftliche Stellungnahme

Prof. Marcel Fratzscher

Öffentliche Anhörung

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Siebter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Lebenslagen in Deutschland
BT-Drucksache 21/3250

Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung zum Siebten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Lebenslagen in Deutschland
(BT-Drs. 21/3250)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der siebte Armuts- und Reichtumsbericht ist ein wichtiger Bericht, weil er nicht nur Einkommen und Vermögen beschreibt, sondern Lebenslagen, soziale Mobilität und erstmals systematisch auch die Perspektive von Menschen mit Armutserfahrung einbezieht. Aber wer diesen Bericht aufmerksam liest, der kann keine Entwarnung geben. Ja, Deutschland hat in den vergangenen Jahren auch positive Entwicklungen erlebt: Der Arbeitsmarkt war robust, die Niedriglohnquote ist 2024 auf 15,9 Prozent gesunken, und die Ausweitung des Wohngelds hat viele Haushalte spürbar entlastet. Doch das ist nur die eine Hälfte der Wahrheit.

Die andere Hälfte lautet: Armut und Ungleichheit verfestigen sich dort, wo geringe Bildung, unsichere Erwerbsintegration, hohe Wohnkosten, fehlende Vermögensreserven und bürokratische Hürden zusammenkommen. Der Bericht zeigt, dass die relative Armutsrisikoquote im SOEP zwischen 2010 und 2020 von 14,1 auf 17,6 Prozent gestiegen ist. 2024 waren 11,4 Prozent der Bevölkerung von materieller und sozialer Deprivation betroffen, 6,2 Prozent sogar von erheblicher Deprivation. Das sind keine Randphänomene. Das sind Millionen Menschen, die auf Dinge verzichten müssen, die in einem wohlhabenden Land selbstverständlich sein sollten. Besonders betroffen bleiben Kinder, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen und Arbeitslose. Bei Arbeitslosen lag die Armutsrisikoquote 2020 bei 68,1 Prozent, bei Erwerbstätigen dagegen bei 9,0 Prozent.

Besonders bedrückend ist die Lage von Kindern. Die Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen lag laut SOEP 2020 bei 22,1 Prozent; in Alleinerziehendenhaushalten bei 43,3 Prozent. Bei Alleinerziehenden mit mehreren Kindern liegt sie noch höher. Und Armut im Kindesalter bedeutet eben nie nur zu wenig Geld. Sie bedeutet schlechtere Wohnverhältnisse, schlechtere Gesundheitschancen, weniger Teilhabe, schlechtere Bildungschancen und oft einen schwierigeren Übergang in Ausbildung und Beruf. Schon in der frühen Bildung werden Chancen ungleich verteilt: 2020 hatten nur 23 Prozent der armutsgefährdeten Kinder unter drei Jahren einen Kita-Platz, gegenüber 46 Prozent der finanziell stabileren Kinder.

Gleichzeitig verfügten 2023 bereits 19 Prozent der 20- bis 34-Jährigen über keinen Berufsabschluss. Das ist sozial fatal und ökonomisch kurzsichtig.

Hinzu kommt die Vermögens- und Wohnungsfrage. Zwar sind die Vermögen im Durchschnitt gestiegen; 2023 lag das durchschnittliche Nettovermögen der Haushalte bei 324.800 Euro, der Median bei 103.200 Euro. Aber die vermögendsten zehn Prozent besitzen weiterhin 54 Prozent des gesamten Nettovermögens, und um zu ihnen zu gehören, brauchte es 2023 rund 780.000 Euro. Erbschaften und Schenkungen konzentrieren sich stark am oberen Rand. Parallel dazu steigen die Hürden beim Wohnen weiter: Die Wiedervermietungsmieten legten 2024 deutschlandweit um 5,9 Prozent zu, in kreisfreien Großstädten um 6,4 Prozent. Bei einem Umzug kann die Mietbelastung für Haushalte mit gleichem Einkommen auf fast 31 Prozent steigen, bei einkommensschwachen Haushalten häufig sogar auf über 40 Prozent. Wohnen wird damit immer stärker zu einer Frage der Herkunft, und Vermögensbildung immer stärker zu einer Frage der Eltern. Wohneigentum in Deutschland ist stark von der sozialen Herkunft

abhängig und große Vermögenskonzentration werden ein zunehmendes Risiko für Demokratie und Zusammenhalt.

Ein besonders wichtiger Befund des Berichts ist zudem, dass der Sozialstaat oft nicht zu schwach, sondern zu kompliziert ist. Die Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen liegt je nach Leistungsart zwischen rund 30 und über 80 Prozent. Viele Menschen verzichten nicht deshalb, weil sie keine Hilfe bräuchten, sondern weil Informationen fehlen, Verfahren zu kompliziert sind, Behörden abschrecken oder Stigmatisierung wirkt. Das ist sozialpolitisch unerquicklich und ökonomisch ineffizient. Ein Sozialstaat, der Ansprüche schafft, die dann millionenfach nicht realisiert werden, verfehlt sein Ziel. Der stärkste Reformhebel liegt deshalb nicht in härteren Sanktionen, sondern in Automatisierung, Vereinfachung, lokaler Erreichbarkeit und einer echten Bringschuld des Staates. Kurzum: wir benötigen dringend den Umbau hin zu einem aktivierenden Sozialstaat, der befähigt, statt bloß zu verwalten.

Für die kommenden Jahre ergibt sich daraus eine gemischte, aber keineswegs beruhigende Perspektive. Positiv ist: Der Arbeitskräftemangel kann die Erwerbschancen vieler Menschen verbessern, der Mindestlohn hat den Niedriglohnsektor sichtbar gedrückt, und Weiterbildung gewinnt an Bedeutung. Negativ ist: Die großen Strukturkräfte wirken weiter in Richtung größerer Ungleichheit. Der Fachkräftemangel nützt vor allem den Qualifizierten. Die digitale und ökologische Transformation erhöht den Wert von Bildung und Kompetenzen. Fehlende Kitas, Ganztagschulen und Pflegeinfrastruktur begrenzen weiter die Erwerbschancen vieler Frauen und Alleinerziehender. Der Wohnraummangel verschärft regionale und soziale Spaltungen. Vermögensungleichheit wird durch Erbschaften und hohe Eigenkapitalhürden reproduziert. Wenn die Politik nicht gegensteuert, werden wir keine plötzliche soziale Explosion sehen, aber eine weitere Verfestigung von Armut am unteren Rand und eine weitere Vererbung von Chancen am oberen. Der Bericht zeigt zudem, dass geringes Einkommen, Einsamkeit, geringes Vertrauen in Institutionen und geringe politische Teilhabe eng zusammenhängen.

Was ist also die Aufgabe der Politik? Erstens muss sie Armut konsequent präventiv bekämpfen. Der wichtigste Hebel ist ein Sozialstaat, der bei Kindern beginnt: armutsfeste und möglichst automatische Leistungen für Familien, gebündelt und ohne bürokratische Hürden; mehr Investitionen in Kitas, Ganztags, Schulsozialarbeit, Sprachförderung und in Schulen in benachteiligten Lagen; ein massiver Ausbau von Übergangsangeboten in Ausbildung und Qualifizierung, damit deutlich weniger junge Menschen ohne Abschluss bleiben. Zweitens braucht Deutschland einen Sozialstaat, der zielgenauer und effizienter ist: ein digitales One-Stop-System für Sozialleistungen, automatische Anspruchsprüfungen, proaktive Ansprache durch Verwaltungen, vereinfachte Anträge, niedrigschwellige Beratungsangebote vor Ort und geringere Transferentzugsraten, damit sich zusätzliche Arbeit tatsächlich lohnt.

Drittens braucht es eine Wohn- und Vermögenspolitik, die Teilhabe statt Vererbung fördert: mehr sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, schnellere Genehmigungen, konsequente Prävention von Wohnungslosigkeit, bessere Unterstützung beim Übergang in bezahlbares Wohnen und bessere Chancen auf Vermögensaufbau auch für Menschen ohne wohlhabendes Elternhaus. Viertens muss die Politik ihre Prioritäten neu ordnen: weniger Geld für ineffiziente und sozial regressiv wirkende Privilegien und Subventionen, mehr Geld für Bildung, Betreuung, Integration, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur; dazu eine gerechtere Besteuerung sehr großer Vermögen und großer Erbschaften. Genau auf diese Kombination aus aktivierendem

Sozialstaat, Investitionen in Bildung und Betreuung, Kritik an härteren Sanktionen, stärkerer Besteuerung großer Vermögen und Abbau ungerechter Privilegien sind essenziell.

Das Fazit ist deshalb: Der siebte Armuts- und Reichtumsbericht zeigt nicht nur soziale Ungleichheit, sondern die Architektur ihrer Reproduktion. Deutschland hat kein Erkenntnisproblem. Deutschland hat ein Umsetzungsproblem und ein Prioritätenproblem. Ein moderner Sozialstaat darf Menschen nicht erst auffangen, wenn sie gefallen sind. Er muss verhindern, dass sie überhaupt fallen. Dafür braucht es weniger Symbolpolitik, weniger Misstrauen gegenüber den Schwächsten und mehr Investitionen in Fähigkeiten, Gesundheit, Bildung und reale Teilhabe. Das ist keine Frage der Wohltätigkeit, sondern der ökonomischen Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Stabilität.



Marcel Fratzscher